

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 15.07.2014

Pkw-Maut-Pläne sofort stoppen - Keine weiteren Belastungen von Mobilität und Logistik in Deutschland und keine Diskriminierung von Nachbarn durch Deutschland!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat gegen die Einführung einer Pkw-Maut auszusprechen.

Begründung

Der Verkehrsträger „Straße“ hat in unserer Volkswirtschaft eine herausragende Bedeutung. Unsere Straßen sind Garant für unseren Wohlstand, stehen für die Ver- und Entsorgung mit Gebrauchsgütern und für die tägliche Verwirklichung der individuellen Mobilität. Sie verbinden unsere Volkswirtschaft mit den uns umgebenden Ländern, unseren Nachbarn. Die Nutzer unseres gut ausgebauten StraÙennetzes tragen bereits heute mit jährlich ca. 58 Milliarden Euro Abgaben zur mehrfachen Deckung der Infrastrukturkosten bei. Dabei sind kraftfahrzeugspezifische Steuern wie die Mineralöl- oder Kfz-Steuer von Anfang an als Sondersteuer mit der Zweckbindung zur Finanzierung des Verkehrsbereichs konzipiert gewesen. Gleiches gilt für die Lkw-Maut. Andere Verkehrsträger, wie WasserstraÙen und Schienen, profitieren von den staatlichen Einnahmen aus dem Straßenverkehr.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien (CDU, CSU und SPD) haben im Koalitionsvertrag die Einführung einer „europarechtskonformen Pkw-Maut“ zur „Finanzierung zusätzlicher Ausgaben für das Autobahnnetz“ durch die Beteiligung ausländischer Autofahrer beschlossen.

Die Verkündung der Mautpläne für Autofahrer sorgt für Skepsis bei CDU, CSU und EVP und Kritik bei Bündnis90/Die Grünen und SPD, kurz gesagt: sie erzeugt Widerstand auf allen Seiten. Unsere europäischen Nachbarn drohen mit Klagen, im Europaparlament wird von Diskriminierung gesprochen, die EU-Kommission ist in einer Beurteilung äußerst zurückhaltend, Bündnis90/Die Grünen wollen die Umsetzung der Maut im Bundesrat verhindern, und der Ministerpräsident von Baden-Württemberg kann die Maut nicht verstehen. Bundesverkehrsminister a. D. Peter Ramsauer (CSU) attestiert den vorgelegten Überlegungen zur Pkw-Maut, dass sie nicht vom Koalitionsvertrag gedeckt sind, und die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen warnt vor den bundesweiten Folgen im Grenzverkehr mit den Nachbarn. Unisono werden die vorgelegten Pläne als bürokratisch aufwändig bis monströs, rechtlich heikel bis ungerecht, unsinnig und diskriminierend eingestuft. Die erwarteten Mehreinnahmen von 625 Millionen Euro stehen in keinem Verhältnis zum Vorhaben, dessen Einführung, Kontrolle und den negativen Folgen, z. B. wenn unsere Nachbarländer Ähnliches zulasten der deutschen Autofahrer einführen.

Die Bundesländer mit Außengrenzen gehen von negativen Auswirkungen im täglichen und kleinen Grenzverkehr mit unseren EU-Nachbarn durch die geplante Vignetten-Maut für ausländische Auto- und Motorradfahrer aus. Die Niederländer drohen mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof und Verkehrsminister Olaf Lies befürchtet, dass ein bürokratisches Ungetüm geschaffen wird, das die Finanzierungsprobleme nicht einmal in Ansatz löst. Aus diesen Gründen erwägen Bündnis90/Die Grünen auch eine Blockade im Bundesrat. Verbände und Gewerkschaften sprechen sich ebenfalls gegen die Einführung der Pkw-Maut aus. Der Bund der Steuerzahler warnt, dass die Pkw-Maut, auch als Infrastrukturabgabe bezeichnet, ein „Einfallstor für weiter steigende Abgaben“ wird. Die Sonder-Verkehrsministerkonferenz hat am 2. Oktober 2013 den Bericht der Kommissionsvorsitzenden „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ zur Kenntnis genommen. Es emp-

fieht sich, den Empfehlungen der Kommission in der vorgetragenen Priorisierung Rechnung zu tragen und die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland auf allen politischen Ebenen übergreifend und nachhaltig zu reformieren. Eine Pkw-Maut findet dort lediglich auf der letzten Seite als letzter Spiegelstrich in Form eines Prüfauftrags Erwähnung.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer